

## Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	Decolonise HU	
Datum	20.01.2025	
Nr. und Datum der Sitzung	3. Sitzung	28.01.2025
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	5.10 SP-32/24	

### I. Antragsgegenstand

**Nie wieder ist jetzt. Nie wieder für alle.**

### II. Beschlusssentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

1. Wir fordern die Universität, sowie alle an ihr handelnden Personen auf, sich öffentlich gegen Genozid, Krieg und Völkerrechtsbruch in Palästina auszusprechen, sowie den aktuell stattfindenden Genozid Israels an der palästinensischen Bevölkerung anzuerkennen. Auch Wissenschaft und Kultur sind wichtige Teile von Unterdrückung und genozidalen Wirkungsweisen, weshalb dekoloniale Denkweisen zum wissenschaftlichen Arbeiten und Studieren zwingend dazugehören müssen. Die Universität muss das koloniale Erbe Deutschlands als Ursache für seine gegenwärtige Mitschuld an dem Genozid anerkennen. Wir erwarten eine Initiierung von Forschungsprogrammen und Curriculaangleichungen, die sich mit den Kontinuitäten deutscher Kolonialgeschichte, einschließlich der deutschen Unterstützung für die israelische Besetzung Palästinas, auseinandersetzen.
2. Wir fordern die Ablehnung, Verurteilung und aktive Bekämpfung von antipalästinischem und antimuslimischen Rassismus. Palästinensische, muslimische und arabische Studierende, sowie Studierende, die als solche gelesen werden, erfahren Diskriminierung, die nicht nur abgelehnt werden muss, sondern der auch aktiv entgegengearbeitet werden muss. Wir fordern zusätzlich die Anerkennung der palästinensischen Staatsbürgerschaft für palästinensische Studierende in dem offiziellen Register der Universität, sowie die explizite Unterstützung von palästinenschen Studierenden (z.B. in Form von speziellen Stipendien, etc.)
3. Die Universität muss die akademische Freiheit schützen und die Repression gegen Studierende, insbesondere im Zusammenhang mit dem Eintreten für Gerechtigkeit für Palästina stoppen. Die Universität soll ALLE strafrechtlichen Anklagen im

Zusammenhang mit politischem Protest und Palästinasolidarität zurückziehen. Sie soll das Hochschulgesetz des Berliner Senats als Mittel der politischen Repression auf dem Unicampus öffentlich ablehnen und sich selbst dazu verpflichten, sich nicht auf dieses Gesetz zu berufen.

#### 4. Ablehnung der sog. "IHRA-Definition"

Wir kritisieren die fehlende Differenzierung zwischen Kritik am Staat Israel und dem Handeln der israelischen Regierung und Antisemitismus, sowie die populistische Vermengung dieser. Die Arbeitsdefinition der Internationalen Allianz zum Holocaustgedenken (sog. "IHRA-Definition") ist aufgrund ihrer Ungenauigkeit, die Spielraum für Missverständnisse, Fehlinterpretationen und Instrumentalisierung schafft, vielfach abgelehnt worden. Sie kann somit nicht als Schablone für Gesetze und Handlungsanweisungen zu Rate gezogen werden. Wir fordern, dass diese Definition nicht als Grundlage für Entscheidungen (wie z.B. Entlassungen, Nichteinstellungen oder Ablehnung von Fördermitteln) verwendet wird. Der Kampf gegen Antisemitismus darf nicht zum politischen Spielball werden, sondern muss ernstgenommen werden.

5. Die Universität soll alle Verbindungen zu israelischen Einrichtungen und von Informationen über militärische Forschung offenlegen und die akademischen und institutionellen Kooperationen mit israelischen Universitäten beenden. Die Zivilklausel muss eingeführt werden, die es verbietet, universitäre Forschung für militärische Zwecke oder in Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen zu nutzen. Wir fordern die Universität zudem auf, Sanktionen gegen Israel als friedliches Mittel des Widerstands gegen den Siedlerkolonialismus anzuerkennen.
6. Wir fordern das Präsidium, den Akademischen Senat und den Referent\*innenRat auf, Maßnahmen im Rahmen ihrer Befugnisse an dieser Universität zu ergreifen, um diese Forderungen, sowie die Forderungen der Vollversammlung vom 12. Dezember 2024 umzusetzen.

### **III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel**

keine

### **IV. Begründung**

Seit Oktober 2023 wird wieder erstickt über den sog. "Nahost-Konflikt" debattiert. Viele Studierende haben damals schon vor den verheerenden Absichten der israelischen Regierung gewarnt und erfahren seitdem politische Unterdrückung, sowohl vom deutschen Staat, als auch dem Land Berlin, sowie der Universitäten. Polizei eskaliert gewaltsam bei pro-palästinensischen Aktionen und Demonstrierende werden als antisemitische Terrorist\*innen diffamiert. Die Wissenschaftsfreiheit wurde und wird durch Resolutionen eingeschränkt und Studierende erfahren massive Unterdrückung. Der Kampf

gegen Antisemitismus wird durch populistische Debatten so weit missbraucht, dass jüdische Studierende als Antisemit\*innen bezeichnet werden, weil sie sich gegen den Genozid stellen, während nicht-jüdische Studierende beklagen, sie würden antisemitisch behandelt. Dieser Verdrehung in der Antisemitismuswahrnehmung feuert die rassistische - und im Endeffekt auch antisemitische - Gewalt weiter an, die von der weißen, christlich-westlichen Mehrheitsgesellschaft ausgeht.

Vieles, wovon seit Oktober 2023 gewarnt wurde, ist eingetreten. Vieles, was gesagt wurde, muss aufgearbeitet und Vorgehensweisen hinterfragt werden. Dekolonialismus muss einen noch stärkeren Bezug in allen Curricula haben, damit Genozide und Faschismus tatsächlich nie wieder passieren.

\*Aus <https://www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/ihra-definition/ihra-definition-node.html>:

*Die internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus lautet:*

*"Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen."*

*Die Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet:*

*"Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."*

## **V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft**

## **VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen**

[decolonise.hu@proton.me](mailto:decolonise.hu@proton.me)